

Jahreswende 2002/2003

Konjunkturbericht

Anhaltende Konjunkturschwäche
lähmt Wirtschaftswachstum

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Allgemeine Lageeinschätzung	2
Auswertung nach Wirtschaftsbereichen	
Industrie	3
Baugewerbe	9
Dienstleistungen	12
Handel	15
Verkehrsgewerbe	19
Kredit- und Versicherungsgewerbe	21
Regionale Aspekte der Konjunkturentwicklung	23
Stadt Dresden	23
Umlandregion Dresdens	27
Region Oberlausitz/Niederschlesien	30
Schlussfolgerungen	35

An der Konjunkturmfrage zur Jahreswende 2002/ 2003 beteiligten sich rund 700 Unternehmen mit etwa 30.000 Beschäftigten der Industrie, der Bauwirtschaft, des Handels, der Dienstleistungen, des Verkehrsgewerbes sowie des Kredit- und Versicherungsgewerbes. Die Industrie- und Handelskammer Dresden dankt allen Unternehmen, die sich an dieser Umfrage beteiligt haben.

Wir verbinden dies mit der Bitte, uns auch weiterhin durch die Bekanntgabe Ihrer Probleme und Hinweise in die Lage zu versetzen, über sich abzeichnende Veränderungen des konjunkturellen Klimas frühzeitig zu informieren und reagieren zu können.

Anhaltende Konjunkturschwäche lähmt Wirtschaftswachstum

Die konjunkturelle Schwäche der Wirtschaft im Kammerbezirk Dresden ist auch zur Jahreswende 2002/2003 nicht überwunden. Sie lähmt das Wirtschaftswachstum und verzögert den strukturellen Anpassungs- und Aufholprozess. Auch wenn die aktuelle Geschäftslage derzeit in der Regel günstiger als Mitte 2002 eingeschätzt wird, lässt sich mit Blick auf die Geschäftserwartungen für das Jahr 2003 keine Trendwende zum Positiven erkennen, die Prognosen sind eher pessimistisch.

In weiten Teilen des Kammerbezirkes war die hiesige Wirtschaft von der verheerenden Hochwasserkatastrophe im August 2002 direkt oder indirekt betroffen. Obwohl für die Mehrzahl der direkt betroffenen Unternehmen aufgrund finanzieller Hilfen von Bund und Land, Spendenaktionen oder entsprechender Versicherungsleistungen die Aufnahme der Geschäftstätigkeit noch im Jahr 2002 möglich war, wird eine Reihe von Firmen erst 2003 weiterarbeiten können. Von daher kam und kommt die Beseitigung der Schäden und aller damit verbundenen Maßnahmen einer Sonderkonjunktur für zahlreiche Branchen gleich und dürfte die Lagebewertung mit geprägt haben.

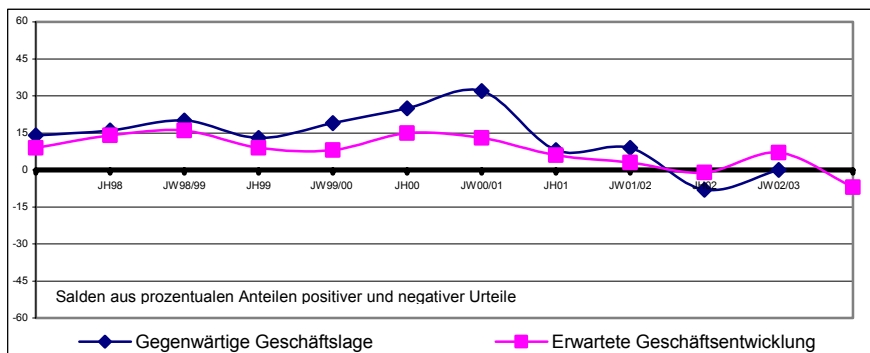
Dennoch bleibt das Geschäftsklima nicht nur im Kammerbezirk eingetrübt. Die Politik hat seit der Bundestagswahl trotz mannigfacher Konzepte und Vorschläge keine klaren Zeichen für Entlastung und Deregulierung gesetzt. Im Gegenteil: Wirtschaft und Verbraucher wurden mit steigenden Steuern und Sozialabgaben konfrontiert.

Die Binnennachfrage wird so weiter gedrosselt, das Investitionsengagement zurückgefahren. Zudem deuten die Beurteilungen der Beschäftigtenlage wieder verstärkt in Richtung Personalabbau mit schmerzlichen Folgen für den Arbeitsmarkt.

Das Bruttoinlandsprodukt 2002 für Deutschland blieb mit einem minimalen Wachstum von +0,2 Prozent unter den Erwartungen. Auch die sächsische Wirtschaft wuchs 2002 real, d.h. nach Ausschaltung des Einflusses der Preisentwicklung, mit +0,1 Prozent nur unbedeutend.

Die gesamtwirtschaftliche Schwäche trifft die Wirtschaft im Kammerbezirk Dresden, in Sachsen und den anderen neuen Bundesländern besonders hart, weil der wirtschaftliche Strukturwandel und der Anpassungs- und Aufholprozess an die alten Länder aber auch die Vorbereitungen auf die EU-Erweiterung abgebremst und damit verlängert werden.

Industrie – Anhaltende Impulse aus dem Auslandsgeschäft



Das Stimmungsbarometer der Industrie, das zur Jahresmitte 2002 erstmals seit 1996 in den Minusbereich gefallen war, tendiert nun wieder „nach oben“. Die wirtschaftliche Lage zeigt sich allerdings gespalten: 22 Prozent der befragten Industriebetriebe beurteilen ihre Geschäftslage mit „gut“ (Jahreshälfte 2002: 20 %), ebenso viele allerdings auch mit „schlecht“ (Jahreshälfte 2002: 28 %).

Damit verzeichnen im Durchschnitt etwa 4 von 5 befragten Industrieunternehmen eine gute oder befriedigende Geschäftslage. Dazu sind vor allem die Branchen Chemische Industrie, Herstellung von Metallerzeugnissen, Maschinenbau, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie zu rechnen. Kritischer sehen dagegen unter anderem das Verlags- und Druckgewerbe sowie die Glas/Keramik, Steine/Erden-Industrie ihre geschäftliche Entwicklung.

Im 2. Halbjahr 2002 verstärkte sich die Dynamik auf Grund zunehmender Auslandsnachfrage wieder. Die Umsätze aus Exporten, die im 1. Halbjahr 2002 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2001 nur um knapp 6 Prozent gewachsen waren, erhöhten sich für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten zwischen Juli und November 2002 um 48 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2001. Die Exortquote der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes erreichte mit 25 Prozent im 2. Halbjahr 2002 einen neuen Rekordwert.

Die höchsten Zuwachsraten beim Auslandsumsatz erzielten dabei der Maschinenbau, die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie, die Metallerzeugnisse herstellende Industrie sowie die Möbel-, Schmuck- und Spielwarenindustrie.

Auch das Inlandsgeschäft lief im Kammerbezirk im 2. Halbjahr 2002 besser als im 1. Halbjahr. Allerdings zeigt sich im Jahresverlauf, dass die Impulse vom Binnenmarkt noch überaus schwach sind. Während vor allem

**Beachtliches
Umsatzwachstum
im 2. Halbjahr**

Investitionsgüterproduzenten zwischen Januar und November 2002 beim Gesamtumsatz um 13,3 Prozent zulegen konnten, mussten Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgüterproduzenten Umsatzeinbußen konstatieren (-4,7 % bzw. -1,1 %).

Schwache Impulse vom Binnenmarkt

Verarbeitendes Gewerbe im Kammerbezirk Dresden Januar bis November 2002

Wirtschaftszweig / Hauptgruppe	Inlandumsatz		Auslandumsatz		Exportquote
	in TEUR	Veränd. z. Vorj.-zeitraum in %	in TEUR	Veränd. z. Vorj.-zeitraum in %	in %
Ernährung/Tabakverarb.	2.446.556	-1,2	136.236	-0,7	5,3
Textilgewerbe	173.509	-1,7	75.200	7,0	30,2
Holzgewerbe (oh. Möbel)	300.878	4,7	141.954	14,6	32,1
Papier-, Verlags-, Druckgewerbe	321.535	-1,5	2.778	-23,6	0,9
Chemische Industrie	300.574	6,7	244.071	11,7	44,8
Gummi- u. Kunststoffwaren	354.518	-2,2	129.441	26,3	26,7
Glas/Keramik, Steine/Erden	473.343	-5,9	97.485	19,0	17,1
H.v. Metallerzeugnissen	626.071	-0,5	34.613	23,0	5,2
Maschinenbau	890.371	-2,9	884.177	31,8	49,8
Ger. d. Elektrizitätserz.	383.717	-1,4	103.939	3,0	21,3
Rundf.-, Fernseh-/Nachrichtent.	1.178.497	26,2	494.680	4,5	29,6
Med.-, Mess-, Steuer- u. Reg.-t.	135.324	0,9	97.378	-4,1	41,8
Fahrzeugbau	755.364	53,3	246.926	-4,2	24,6
Möbel/Schmuck/Spielwaren	219.722	-2,1	45.511	20,7	17,2
Verarbeitendes Gewerbe	9.302.309	5,1	3.006.389	11,8	24,4

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Insgesamt führte die verhaltene Nachfrageentwicklung zu einem erneuten Rückgang der Kapazitätsauslastung der Betriebe. Diese beläuft sich nunmehr auf 74,7 Prozent, nach dem zu Jahresbeginn 2002 77,2 Prozent registriert wurden.

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Betriebsgröße sind allerdings nicht zu übersehen. So lasten Betriebe mit unter 20 Beschäftigten ihre Produktionskapazitäten merklich schwächer aus (71,1 %) als Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Hier erreicht die Auslastung 77,1 Prozent. Ebenso differenziert gestaltet sich weiterhin die Beurteilung der Geschäftslage.

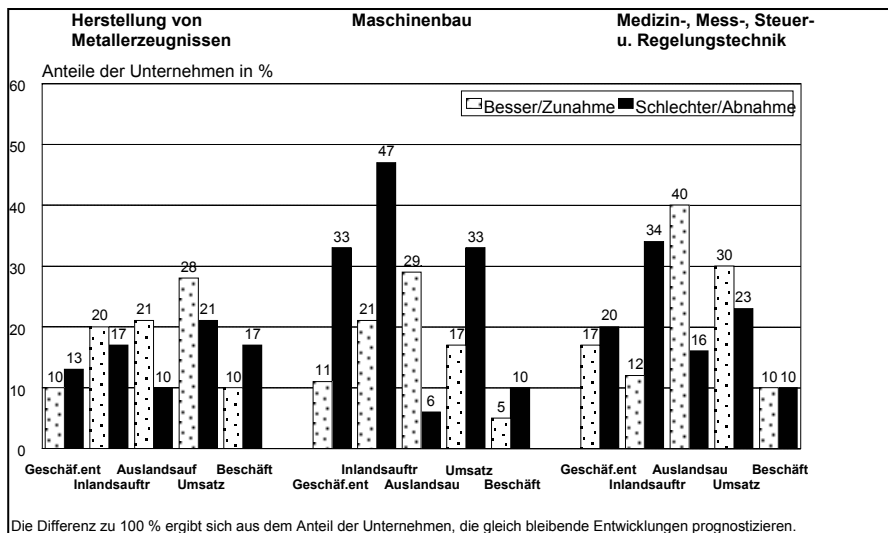
Beurteilung der Geschäftslage zur Jahreswende 2002/2003

Unternehmen	Gut	Befriedigend	Schlecht	Saldo	Zum Vergleich:	
					JW 01/02	JW 00/01
< 20 Beschäftigte	17 %	53 %	30 %	-13 %	- 6 %	+ 14 %
ab 20 Beschäftigte	26 %	59 %	15 %	+ 11 %	+ 13 %	+ 39 %
Insgesamt	22 %	56 %	22 %	0	+ 9 %	+ 32 %

**Lage in Unternehmen
ab 20 Beschäftigte
besser als in
kleineren Firmen**

Angespannt bleibt für die Unternehmen insgesamt auch die Ertragssituation – die geforderten finanziellen Entlastungen sind nicht nur überfällig, das Jahr 2003 brachte sogar weitere finanzielle Bürden. Der Spielraum für Investitionen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen ist weiter zu schmal.

Dennoch: Die Beschäftigtenentwicklung weist zur Jahreswende 2002/2003 noch eine ausgeglichene Bilanz aus – 22 Prozent der Befragten haben im 2. Halbjahr 2002 Personal eingestellt, ebenso viele haben aber auch reduziert. Zumindest für die Betriebe mit 20 und mehr Mitarbeitern lässt sich für die Monate Januar bis November 2002 eine leicht positive Entwicklung mit +1,0 Prozent festhalten. Beschäftigungsimpulse gingen dabei vor allem von der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik und dem Fahrzeugbau aus, während Rückgänge unter anderem aus der Glas/Keramik, Steine/Erden-Industrie, dem Ernährungsgewerbe sowie aus dem Verlags- und Druckgewerbe signalisiert wurden.



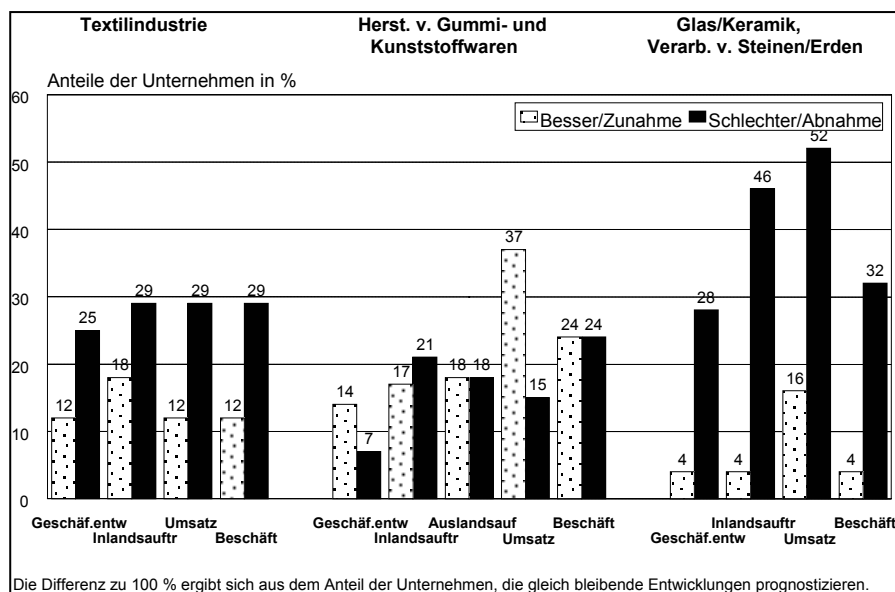
**Prognosen
ausgewählter
Industriebranchen**

Die Prognosen der befragten Industriebetriebe deuten darauf hin, dass die Geschäftslagebeurteilung zur Jahreswende 2002/2003 nur ein „Zwischenhoch“ darstellt. Mit Blick auf die angespannte Lage der internationalen Märkte, die Unsicherheiten der politischen Weltlage, den erstarkenden Euro, den schwachen deutschen Binnenmarkt und die

**Industrie bleibt 2003
skeptisch**

neuerlichen finanziellen Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher bleiben die Geschäftserwartungen in der deutlichen Mehrzahl der Branchen pessimistisch.

Optimistisch sind am ehesten noch eine Reihe von Unternehmen der Branchen Chemie, Gummi/Kunststoffe, Fahrzeugbau oder Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, in denen vor allem das Auslandsgeschäft für Aufträge sorgt. Die anhaltende Auftragsverknappung im Inland und damit verbundene Umsatzeinbußen werden von den meisten Industriebetrieben als Ursachen einer künftig pessimistischen Entwicklung gesehen. Die schwache Binnennachfrage kann nur teilweise durch Bestellungen aus dem Ausland kompensiert werden, das Auslandsgeschäft wird dennoch das industrielle Wachstum im Kammerbezirk Dresden stimulieren. Innovative Produktentwicklungen, komplexe Serviceleistungen und der Ausbau des Vertriebsnetzes brachten Aufträge auf dem internationalen Markt. Indiz dafür sind die günstigeren Prognosen der befragten Industrieunternehmen für die Auslandsbestellungen gegenüber der Binnennachfrage. So rechnen im Inland 18 Prozent der befragten Industriebetriebe mit steigenden und 28 Prozent mit rückläufigen Inlandsaufträgen. Umgekehrt erwarten für das Ausland 29 Prozent der Firmen wachsende und nur 13 Prozent abnehmende Bestellungen. Insbesondere in den Branchen Maschinenbau, Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik rechnen 9 von 10 der befragten Firma mit steigenden und gleich bleibenden Auslandsaufträgen. Aber auch die Chemische Industrie und die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik prognostiziert zunehmende Auslandsorder für 2003.



Prognosen ausgewählter Industriebranchen

Wenig Hoffnung besteht hinsichtlich der Entspannung der Ertragslage im Jahr 2003. Damit setzt sich das kühle Investitionsklima fort. 53 Prozent der Befragten werden ihre Investitionsausgaben erhöhen oder fortführen (Jahreswende 2001/2002: 50 %), bei 47 Prozent sind sie abnehmend oder entfallen ganz (Jahreswende 2001/2002: 50 %).

Im Mittelpunkt des Investitionsengagements stehen kostenreduzierende Rationalisierungsinvestitionen (32 %) sowie Investitionen in Produkt- bzw. Verfahrensinnovationen (24 %) zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im Gegensatz zu den beachtlichen Aktivitäten der Unternehmen des Kammerbezirkes auf dem Weltmarkt entwickelt sich das Investitionsengagement im Ausland eher bescheiden. Die finanziellen Spielräume der befragten Betriebe dürften hier enge Grenzen setzen und notwendige Investitionen behindern.

Lediglich knapp 5 Prozent der befragten Industrieunternehmen haben sich zu Auslandsinvestitionen geäußert. Die Verbesserungen von Vertrieb und Kundendienst stehen nahezu auf gleicher Rangstufe mit dem Schwerpunkt „Produktion zwecks Kostenersparnis“.

Allerdings fassen für die nächsten 3 Jahre 8 Prozent der Firmen Auslandsinvestitionen als Folge von Standortnachteilen in Deutschland ins Auge. Hauptzielregionen sind die Tschechische Republik und die Republik Polen, aber auch andere europäische Staaten sowie die USA und der asiatische Raum. Zu beachten ist hier allerdings auch, dass die Erweiterung der EU sicher ebenso ein entscheidendes Motiv für Auslandsinvestitionen der Unternehmen ist.

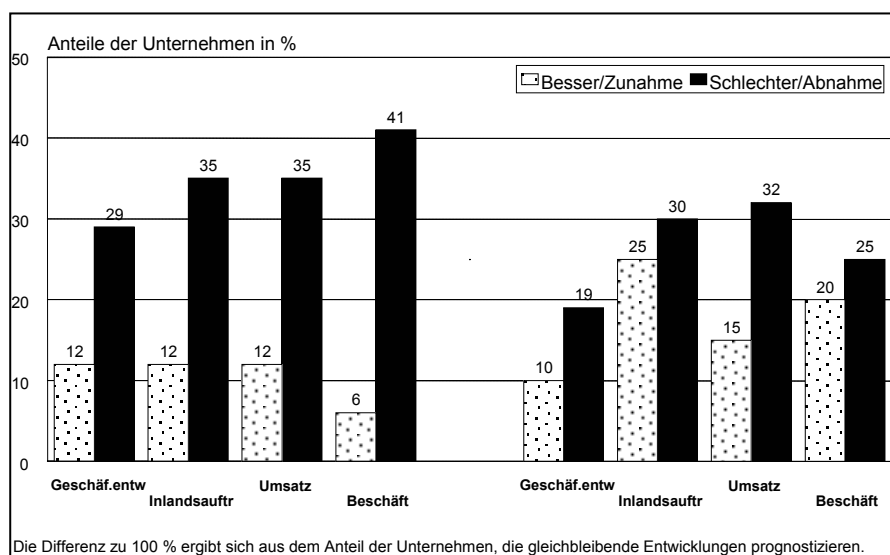
Als wesentliches Motiv im Ausland zu investieren wird die Höhe der Arbeitskosten in Deutschland genannt.

Anhaltend kritische Ertragssituation

Auslandsinvestitionen bleiben bescheiden

Verlags- u. Druckgewerbe

Ernährungsgewerbe



Prognosen ausgewählter Industriebranchen

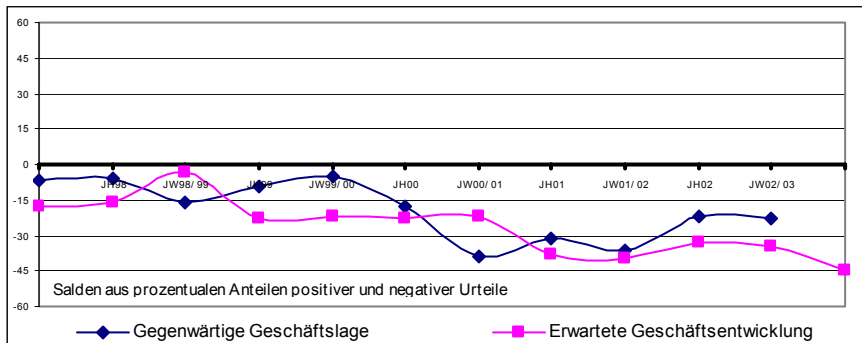
Angespannt bleibt auch die Beschäftigungsentwicklung. Zwar prognostizieren fast zwei Drittel der Befragten (65 %) die Beibehaltung der Mitarbeiterbestände, der Saldo aus geplanter Personalzunahme (13 %) und –abnahme (22 %) ist aber erneut negativ. Die finanziellen Belastungen aus zu Jahresbeginn 2003 weiter gestiegenen Arbeitskosten und die beabsichtigten Rationalisierungsinvestitionen legen den Schluss nahe, dass diese Prognosen Realität werden können. Die Situation am Arbeitsmarkt dürfte damit auch seitens der Industrie eine stärkere Zuspitzung erfahren.

Personalzunahme wird am ehesten noch in den Branchen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie Gummi/Kunststoffe erwartet.

Demgegenüber muss unter anderem in Betrieben des Verlags- und Druckgewerbes, der Herstellung von Metallerzeugnissen und der Glas/Keramik, Steine/Erden-Industrie auch mit Personalabbau gerechnet werden.

Wenig optimistische Personalpläne

Baugewerbe – Trotz gebremster Talfahrt pessimistische Prognosen



Im Baugewerbe beurteilen 43 Prozent der Befragten ihre aktuelle Geschäftslage mit „schlecht“, während jeder fünfte über eine gute Lage berichtet. Bau- und Reparaturaufträge in Folge der Hochwasserkatastrophe sowohl an Gebäuden als auch an der Verkehrsinfrastruktur haben für eine Reihe von Firmen unerwartet zu einer Geschäftsbelebung gesorgt. Dennoch: Die Situation der Klein- und mittelständischen Bauwirtschaft stellt sich auf Grund zurückhaltender Bauinvestitionen insgesamt weiterhin problematisch dar. Die Aufträge gingen zwischen Januar und November 2002 bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Kammerbezirk um 9,9 Prozent zurück, die Umsätze fielen um 10,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hier darf nicht übersehen werden, dass der Berichtskreis der amtlichen Statistik seit Jahren stark rückläufig ist. Dies ist allerdings Ausdruck des sich weiter fortsetzenden Strukturwandels der Bauwirtschaft. Allein zwischen Januar bis November 2002 verringerte sich diese Zahl um 86 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (-23,4 %). Die entsprechende Pro-Kopf-Entwicklung stellt sich deshalb nicht ganz so unfreundlich dar.

**Geschäftslage auf
niedrigem Niveau
stabilisiert**

Bauhauptgewerbe im Kammerbezirk Dresden Januar bis November 2002

	Januar bis November 2002	Veränderung z. Vorjahr (in Prozent)
Betriebe	281	-23,4
Beschäftigte	15.816	-15,4
Gesamtumsatz (TEUR)	1.551.080	-10,1
Gesamtumsatz je Beschäftigten (EUR)	98.070	+6,3
Auftragseingang (TEUR)	1.149.454	-9,9
Auftragseingang je Beschäftigten (EUR)	72.677	+6,6

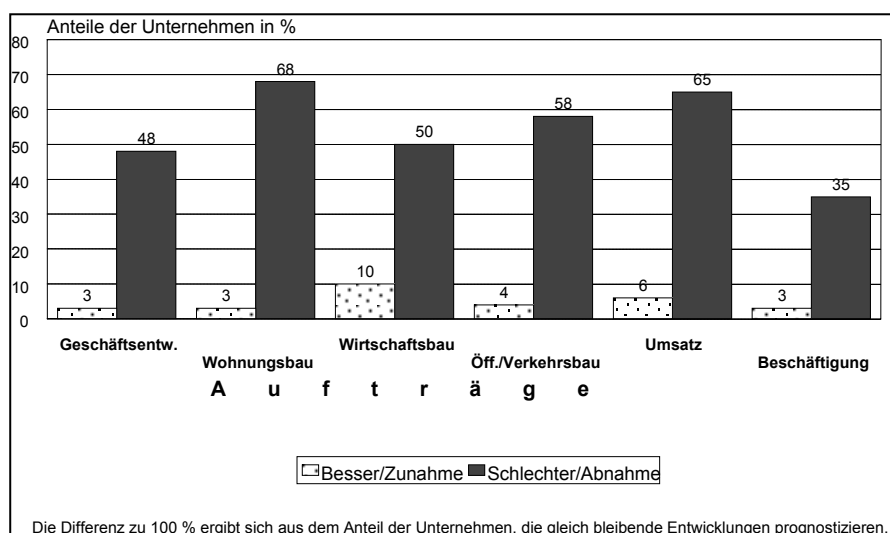
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Die Reichweite der Auftragsbestände ist nicht nur aus saisonalen Gründen knapp. Dennoch gestaltet sie sich mit einer durchschnittlichen Reichweite von 2,8 Monaten etwas freundlicher als zur Jahreswende 2001/2002 (2,2 Monate). Vor allem die Beseitigung der Hochwasserschäden dürfte hier zu Auftragsimpulsen geführt haben.

Überaus angespannt bleibt die Ertragslage. Nicht nur steigende Kosten und Abgaben sondern anhaltend schlechte Zahlungsmoral führten dazu, dass sich die Gewinnsituation bei 58 Prozent der Befragten verschlechterte. Über Verbesserungen kann nur jeder fünfte Baubetrieb berichten.

**Reichweite der
Auftragsbestände
weiter zu knapp**



**Prognosen der
Unternehmen des
Baugewerbes**

Abgesehen von einer kurzfristigen Nachfragebelebung in Folge des Hochwassers in Sachsen für eine Reihe von Baubetrieben wird sich die rezessive Entwicklung der Branche fortsetzen. Der Prozess der Strukturanpassung der Bauwirtschaft ist allenfalls kurzzeitig gedrosselt worden. Von daher bleiben die Prognosen für das 1. Halbjahr 2003 und das Gesamtjahr überaus pessimistisch und erreichen einen neuen Tiefpunkt.

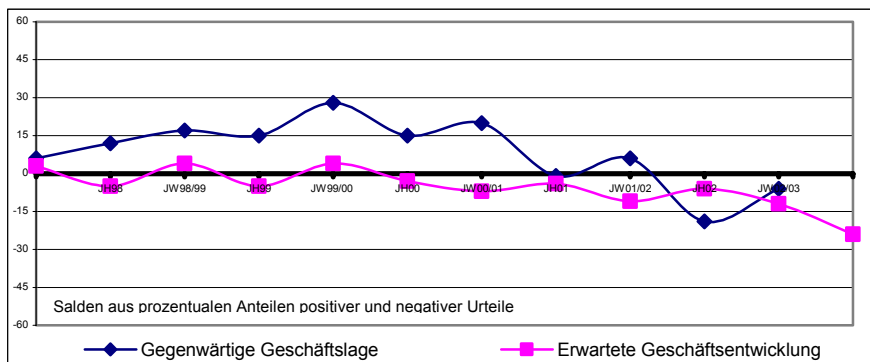
In allen Bausparten werden erhebliche Auftragsrückgänge erwartet. Im Wohnungsbau rechnen rund zwei Drittel der Befragten mit weniger Bestellungen. Hierbei dürften neben den schon seit geraumer Zeit sinkenden Bauinvestitionen die Auswirkungen des geplanten Steuervergünstigungsabbaugesetzes (z.B. Rückführung der Eigenheimzulage) in die Beurteilung eingeflossen sein. Allerdings vermindern die objektiv anstehenden Bau- und Reparaturinvestitionen in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten die Auftragsengpässe.

Eine Verbesserung der Ertragslage ist 2003 nicht in Sicht – im Gegenteil: zunehmende finanzielle Belastungen machen notwendige Investitionen fast unmöglich. Der Anteil der Unternehmen, der zunehmende und gleich bleibende Investitionen zur Jahreswende prognostiziert, verkleinert sich weiter. Notwendige Investitionen konzentrieren sich vorrangig auf Ersatzbeschaffungen.

Prekär bleibt auch die Beschäftigungssituation am Bau. Mit Blick auf das neue Jahr wollen 46 Prozent der Befragten ihren Personalbestand gleichhalten. Auch vor dem Hintergrund saisonaler Aspekte planen 37 Prozent der Betriebe Personalabbau (Jahreswende 2001/2002: 33 %), während 17 Prozent Einstellungen ins Auge fassen (Jahreswende 2001/2002: 12 %). Damit ist von erneuten Belastungen des ohnehin angespannten Arbeitsmarktes in Sachsen auszugehen.

**Kräftiger
Investitionsschub
notwendig**

Dienstleistungsgewerbe – Angespannte Geschäftslage und trübe Aussichten



Im Vergleich zur Umfrage zur Jahreshälfte 2002 fällt zwar die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage im Dienstleistungsgewerbe günstiger aus, sie erreicht aber nicht das Niveau des Vorjahres. Der Wirtschaftsbereich, der neben der Industrie im Kammerbezirk als Wachstumsträger gilt, ist damit in den Strudel der konjunkturellen Schwäche geraten.

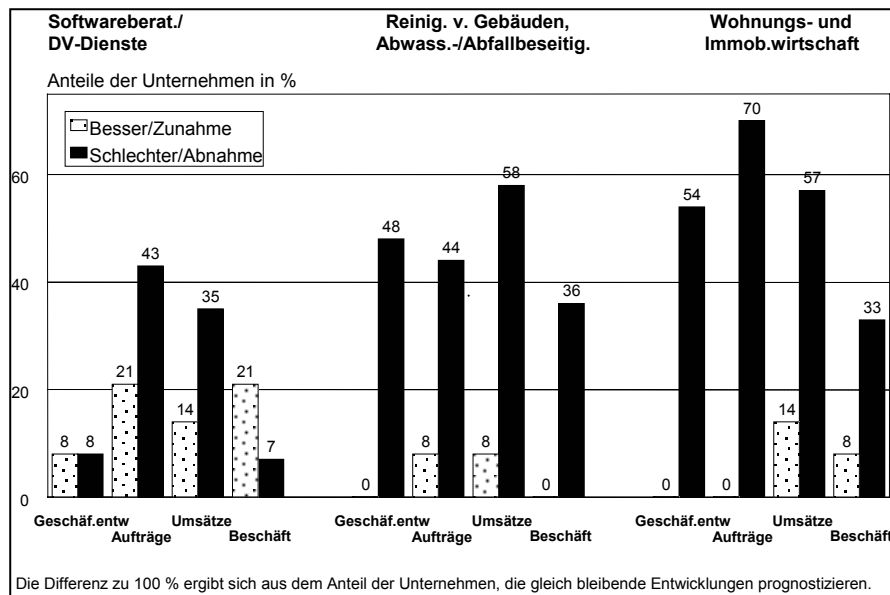
Der Nachfragerückgang hat nahezu alle Branchen des Dienstleistungsgewerbes erfasst. Gleichwohl dürfte eine Reihe von Betrieben zum Beispiel der Branchen Abwasser- und Abfallbeseitigung, Reinigung von Gebäuden, Inventar, Verkehrsmitteln, der Branche Vermietung von Maschinen und Geräten oder des Bewachungsgewerbes im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe Aufträge erhalten haben. Andererseits hat sich bei vom Hochwasser betroffenen Firmen die Lage verschärft. Nach wie vor kritisch bleibt u.a. die wirtschaftliche Situation der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Das Hochwasser hat hier – wie zahlreichen anderer Unternehmen auch – zusätzliche Probleme beschert. Insgesamt hat das Dienstleistungsgewerbe empfindliche Auftragseinbußen hinnehmen müssen. So berichten zur Jahreswende 2002/2003 17 Prozent der befragten Betriebe über gestiegene Bestellungen (Jahreswende 2001/2002: 18 %), aber 41 Prozent über abnehmende Aufträge. Vor einem Jahr belief sich dieser Anteil auf 28 Prozent.

Die prekäre konjunkturelle Situation und die damit verbundene Investitionszurückhaltung einschließlich der zunehmenden finanziellen Belastung von Verbrauchern und Wirtschaft führen zu einer weiteren Verschärfung im Dienstleistungsbereich. Die Mehrzahl der Branchen ist davon betroffen.

Anhaltend positiv oder befriedigend ist die Geschäftsentwicklung in den Branchen Softwareentwicklung/DV-Dienste und Wirtschaftsprüfung, Unternehmens- und Steuerberatung verlaufen. Gleichwohl mehren sich

**Wachstumsträger im
Strudel der
konjunkturellen
Schwäche**

auch hier die kritischen Stimmen. Seinen Niederschlag hat diese Entwicklung im Dienstleistungsgewerbe auch in der Beschäftigungssituation gefunden. So hat zwar etwa jede zweite Firma ihren Personalbestand gleichhalten können, bei 36 Prozent der Betriebe (Jahreswende 2001/2002: 23 %) mussten dagegen auch Abnahmen konstatiert werden. Umgekehrt stockten nur 15 Prozent ihre Mitarbeiterbestände auf (Jahreswende 2001/2002: 26 %).



Prognosen ausgewählter Dienstleistungs- branchen

Auch im Dienstleistungsgewerbe ist der Optimismus in die weitere wirtschaftliche Entwicklung geschwunden. Die Erwartungen haben sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verschlechtert. Für das 1. Halbjahr 2003 wird zwar überwiegend von gleichen Entwicklungen (60 % der Befragten) ausgegangen, dennoch ist mit 32 Prozent der Anteil der Pessimisten (Jahreswende 2001/2002: 23 %) größer als der mit positiven Aussichten, die 8 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 11 %) erwarten. Zu den Optimisten zählen am ehesten noch Firmen der Branchen Softwareberatung/DV-Dienste und das Bewachungsgewerbe.

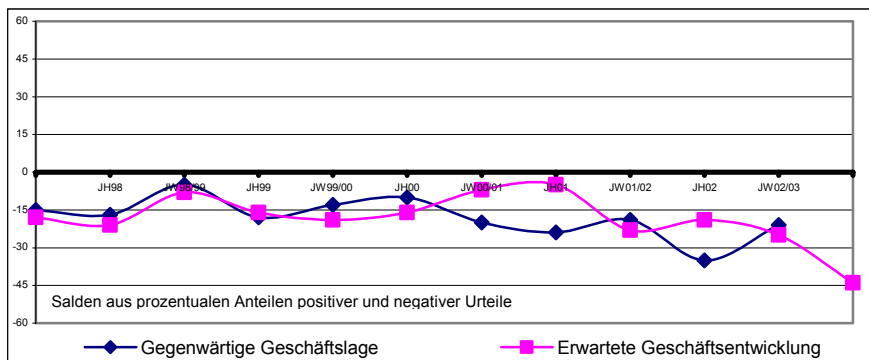
Der anhaltende Auftragsrückgang in einem Umfeld verschärften Preisdrucks bei nach wie vor hohen und anziehenden finanziellen Lasten in Form von Steuern und Abgaben drücken massiv die Stimmung.

So rechnen 41 Prozent der befragten Dienstleister im 1. Halbjahr 2003 mit rückläufigen Aufträgen (Jahreswende 2001/2002: 31 %). Nur 11 Prozent erwarten zunehmende Bestellungen, vor einem Jahr war dieser Anteil noch doppelt so hoch.

Schlechte Auftragslage drückt Stimmung

Die Investitionsneigung geht weiter zurück und konzentriert sich wiederum mit 47 Prozent aller Antworten auf Ersatzbeschaffungen. Die überwiegend kritischen Prognosen wirken sich auch ungünstig auf die Personalpolitik der Unternehmen aus. So beabsichtigt nur etwa jede zehnte Firma Mitarbeiter einzustellen, was insbesondere für die Softwareberatung/DV-Dienste zutreffen wird. Auch zahlreiche Firmen der Branchen Ingenieurbüros, Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung oder des Bewachungsgewerbes signalisieren Personalzunahme. Andererseits planen in diesen Bereichen auch viele Unternehmen den Abbau ihrer Mitarbeiterzahlen.

Handel weiter im Stimmungstief



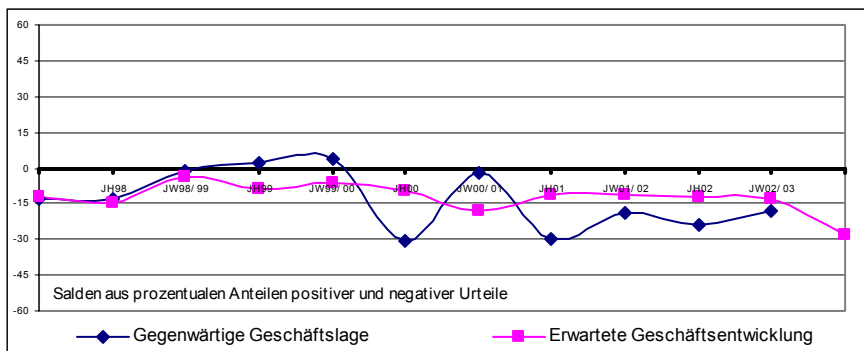
Geschäftslage und Erwartungen im Einzelhandel

Das Stimmungsbarometer im **Einzelhandel** war zur Jahresmitte 2002 im Zusammenhang mit dem Preisauftrieb im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung und damit verbundenen drastischen Umsatzrückgängen deutlich gefallen. Zur Jahreswende 2002/2003 hat sich die Situation wieder beruhigt, auf Grund anhaltender Umsatzeinbußen wird aber die Geschäftslage überaus prekär beurteilt. Der Einzelhandel bleibt unverändert im Stimmungstief. Hinzu kommt, dass zahlreiche Händler von der Hochwasserkatastrophe direkt oder indirekt betroffen waren, was deren wirtschaftliche Situation zuspitzte. Insgesamt beurteilen 18 Prozent der befragten Einzelhändler ihre Geschäftslage mit „gut“ (Jahreswende 2001/2002: 12 %), aber 42 Prozent mit „schlecht“ (Jahreswende 2001/2002: 31 %).

Insbesondere in den Branchen Nahrungsmittel/Getränke, Drogerien oder im Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften und Schreibwaren beurteilen 7 von 10 befragten Einzelhändlern ihre Geschäftslage mit „gut“ oder „befriedigend“, wobei vor allem das Weihnachts- und Jahresendgeschäft nicht unbedeutend gewesen sein dürfte. Das hat auch die Umsatzentwicklung einer Reihe von Geschäften belebt. Obwohl der Umsatz im Einzelhandel insgesamt unter den Erwartungen bleibt, ist der Anteil der Betriebe mit gestiegenen Umsätzen von 20 Prozent zur Jahreswende 2001/2002 auf 23 Prozent zur Jahreswende 2002/2003 gewachsen. Umgekehrt verringerte sich der Anteil mit Umsatzeinbußen leicht um 2 Prozentpunkte, immerhin beträgt er noch 54 Prozent.

Kompensierend wirkten vor allem das Weihnachts- und Jahresendgeschäft, wieder verbunden mit zahlreichen Rabatt- und Sonderverkaufsaktionen. Aber auch die zeitlich befristete Aussetzung des Ladenschlussgesetzes in Sachsen im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe verhinderte weitere Umsatzeinbußen.

Weihnachts- und Jahresendgeschäft mit leichter Umsatzbelebung

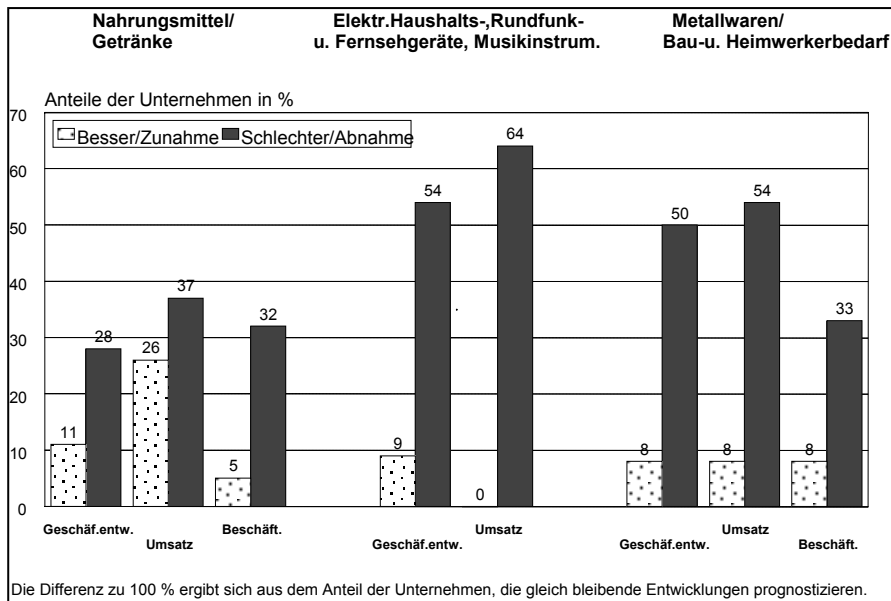


Geschäftslage und Erwartungen im Großhandel

Als Mittler zwischen Produzenten, Dienstleistern und Einzelhändlern bekommt der **Großhandel** den enormen Wettbewerbsdruck, der aus der konjunkturellen Schwäche der Wirtschaft resultiert, gleich mehrfach zu spüren. Zudem beeinträchtigen die zunehmenden Steuern und Abgaben die Geschäftstätigkeit der Unternehmen.

In der Folge ist die wirtschaftliche Situation des Großhandels zur Jahreswende 2002/2003 zwar angespannt, sie hat sich aber auf niedrigem Niveau vorerst stabilisiert. Über eine gute Geschäftslage berichten noch 16 Prozent der befragten Großhändler (Jahreswende 2001/2002: 15 %), über eine schlechte 34 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 34 %).

Auch die kurzzeitige Belebung der Auftragslage im Ergebnis der Schadensbeseitigung der Hochwasserkatastrophe insbesondere für Großhändler mit Holz, Baustoffen, Anstrichstoffen und Sanitärkeramik hat sich kaum auf die Umsatzentwicklung der Branche ausgewirkt. Insgesamt verbuchten zur Jahreswende 2002/2003 54 Prozent der Befragten Umsatzeinbußen (Jahreswende 2001/2002: 51 %), nur 18 Prozent konnten Zunahmen konstatieren (Jahreswende 2001/2002: 26 %).



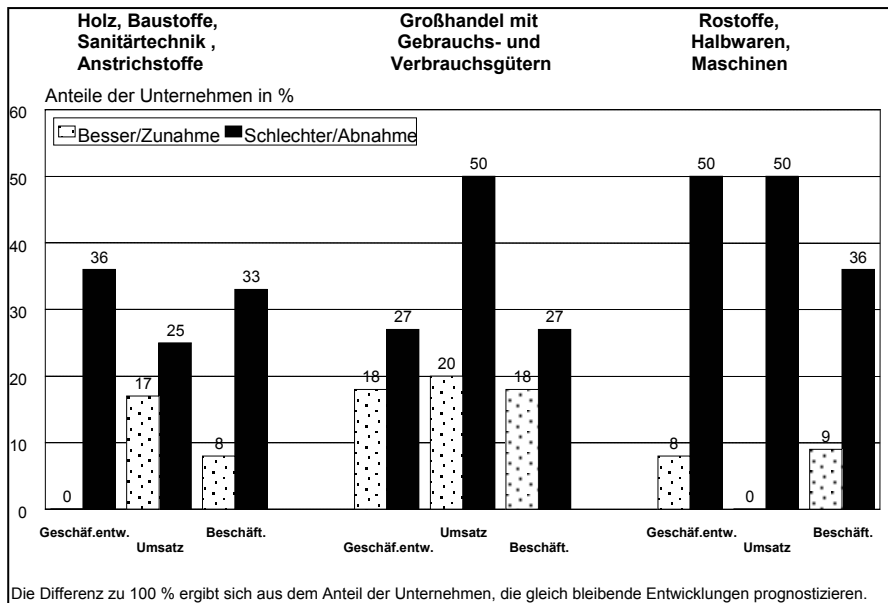
Die Prognosen der befragten Einzelhändler haben sich weiter eingetrübt. Mehr als die Hälfte (52 %) aller Unternehmen blickt pessimistisch in die geschäftliche Zukunft (Jahreswende 2001/2002: 27 %). Gerade 8 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 8 %) erwarten eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in den kommenden Monaten.

Die mit Jahresbeginn 2003 weiter wachsenden Steuern und Abgaben für die Verbraucher werden das Kaufverhalten weiter frostig gestalten. Zudem lässt der Arbeitsmarkt keinen Lichtblick erkennen, für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sind Umsatzzuwächse damit fast unmöglich.

Zum anderen ist die Wirtschaft durch erhöhte Steuern und Abgaben selbst betroffen, die Weitergabe dieser Kosten an den Kunden dürfte aber überaus problematisch sein. Gleichwohl gehen 40 Prozent der Befragten von Preissteigerungen in den kommenden Monaten aus, die vorrangig mit gestiegenen Einkaufspreisen und Kostenaufwendungen in Zusammenhang gebracht werden.

Die Umsatzprognosen sind nicht zuletzt deswegen weiter pessimistisch. Wenigstens jeder zweite Einzelhändler rechnet mit Umsatzeinbußen, nur 9 Prozent gehen von Zuwächsen aus. In Erwartung der Verschlechterung der Ertragslage bleibt das Investitionsengagement zurückhaltend. 7 Prozent der befragten Einzelhändler planen zunehmende Investitionsausgaben, weitere 15 Prozent wollen begonnene Investitionen fortsetzen. 78 Prozent der Händler werden ihre Investitionen zurückfahren bzw. überhaupt nicht investieren.

**Anhaltende
Umsatzrückgänge
belasten
Geschäftsaussichten**



Prognosen ausgewählter Branchen des Großhandels

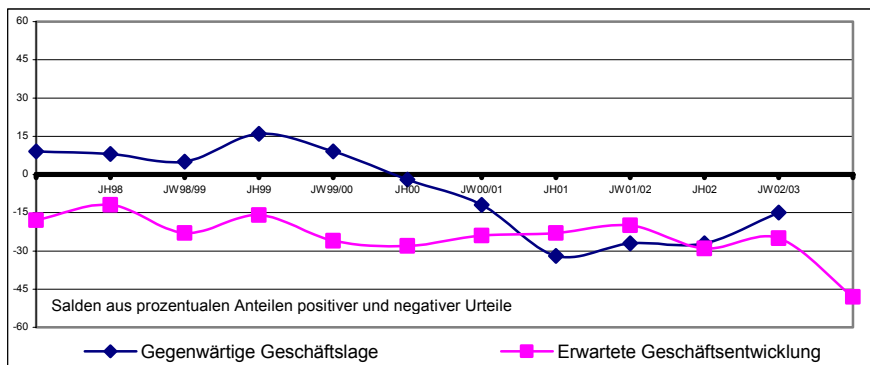
Wie in den anderen Wirtschaftsbereichen tendieren die Prognosen der Großhändler erneut weit in den Minusbereich. Hoffnung auf Verbesserung der Geschäftslage hat nur jeder zehnte der befragten Großhändler (Jahreswende 2001/2002: 16 %). Kräftig gestiegen ist der Anteil der Pessimisten: Belief sich dieser vor einem Jahr auf 28 Prozent, beträgt er heute 38 Prozent. Dabei rechnen 40 Prozent der Betriebe mit Umsatzrückgängen, die der anhaltenden Wachstumsschwäche geschuldet sind. Dabei werden sowohl die Produzenten im Zuge gestiegener Rohstoffpreise und Energiekosten als auch der Einzelhandel infolge Kaufzurückhaltung ihren Druck auf den Großhandel verstärken.

Vor diesem Hintergrund fallen die Investitionsausgaben restriktiv aus. 44 Prozent der befragten Großhändler beabsichtigen zunehmende und gleich bleibende Investitionen. In deren Mittelpunkt stehen Ersatzbeschaffungen. Umgekehrt prognostizieren 56 Prozent abnehmende bzw. keine Investitionsausgaben.

Dennoch werden 55 Prozent der Großhändler ihre Beschäftigungssituation stabil halten (Jahreswende 2001/2002: 62 %). Allerdings planen 31 Prozent der befragten Unternehmen auch Personalabbau.

Großhändler bleiben weiter pessimistisch

Verkehrsgewerbe weiter unter Druck



Auftragseingänge und Umsatzzuwächse im 2. Halbjahr 2002 bei etwa jeder vierten bis fünften befragten Firma des Verkehrsgewebes führten dazu, dass das Stimmungsbarometer derzeit zwar wieder „nach oben“ zeigt. Allerdings verbleibt es noch im Minusbereich. Aufträge im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe und deren Schadensbeseitigung dürften für einen kurzfristigen Umsatzschub bei einer Reihe von Unternehmen gesorgt haben. Andererseits steht das Baugewerbe als ein wichtiger Auftraggeber für den Güterverkehrstransport immer weniger zur Verfügung. Außerdem verstärken ausländische Wettbewerber den ohnehin harten Konkurrenzdruck.

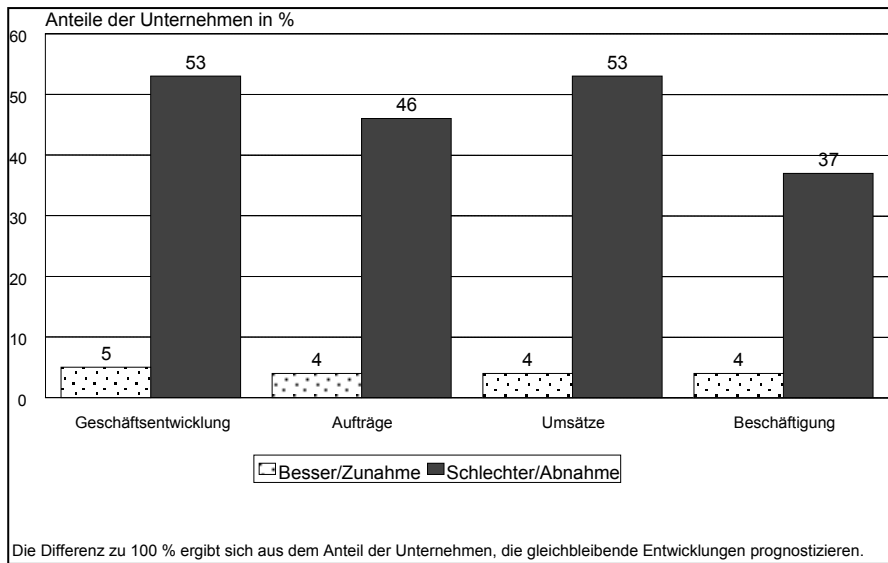
Enorme Kostenbelastungen im Jahr 2002 haben die Gewinnsituation der sächsischen Verkehrsbetriebe deutlich strapaziert. So hat sich lediglich bei 11 Prozent der Befragten die Ertragslage verbessert, aber bei jedem Dritten verschlechtert.

Dem enormen Kostendruck der Branche geschuldet, orientierte im 2. Halbjahr 2002 die Beschäftigung deutlich in Richtung Personalabnahme. Nur noch 34 Prozent der befragten Fuhrunternehmen haben ihre Mitarbeiterbestände gleich gehalten (Jahreswende 2001/2002: 48 %), während jetzt 40 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 24 %) Beschäftigungsrückgang konstatieren.

Die Prognosen erreichen einen neuen Tiefpunkt.

Die Prognosen tendieren angesichts weiter steigender (Steuern, Sozialabgaben) und neuer Kosten (Einführung Lkw-Maut) wieder deutlich in den Minusbereich. Der Anteil der Pessimisten beläuft sich nun auf 53 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 36 %), der der Optimisten auf nur 5 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 7 %).

**Stimmungsbarometer
bleibt im
Minusbereich**



Prognosen des Verkehrsgewerbes

Eine viel zu dünne Auftragsdecke und damit verbundene Umsatzverluste bei hohem Kostendruck führen zu diesen Aussichten. Vor allem der Güterverkehr als stark konjunkturabhängige Branche ist von der nun schon seit Jahren andauernden Rezession im Baugewerbe betroffen. Als Folge mussten Kapazitäten abgebaut werden. Mit den pessimistischen Prognosen der Industrieunternehmen drohen nun auch Auftragsausfälle aus diesem Wirtschaftsbereich.

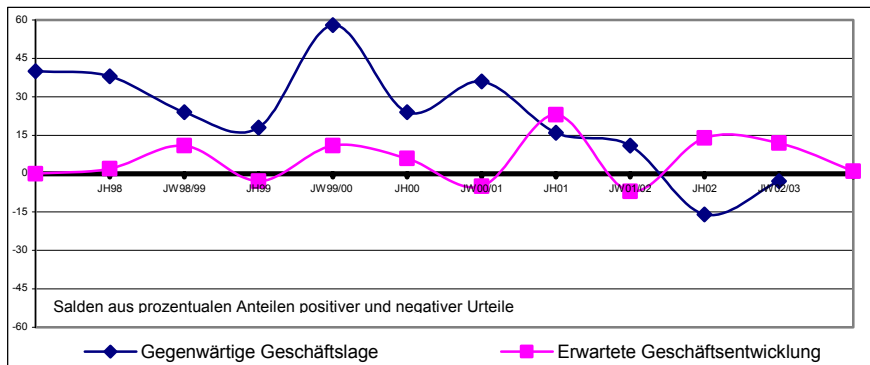
Auf Grund der anhaltenden Erhöhung der Mineralölpreise, einer weiteren Stufe der Ökosteuer und der im europäischen Binnenmarkt gestiegenen Wettbewerbsverzerrungen (Subventionen für Güterkraftverkehrsgewerbe u.a. in Frankreich, Niederlande) wird sich die Situation im Güterkraftverkehrsgewerbe nicht entspannen. Der konjunkturbedingte Rückgang der Transportleistungen konnte weder mit den geringen Preissteigerungen noch durch die hochwasserbedingte Sonderkonjunktur ausgeglichen werden. Mit Blick auf das Jahr 2003 und der Einführung der LKW-Maut wird ein nicht absehbarer Konkurrenzkampf in dieser Branche erwartet.

Als Folge dieser Entwicklung bleibt die Investitionsbereitschaft eher zurückhaltend und ordnet sich damit in das seit Jahren bestehende Bild der Investitionszurückhaltung des Verkehrsgewebes ein. Von der Mehrzahl der Betriebe werden nur die notwendigsten Investitionen eingeplant, diese konzentrieren sich in der Regel auf Ersatzbeschaffungen.

Die Beschäftigungspläne sehen bei rund 60 Prozent der befragten Firmen Personalgleichstand vor. Lediglich 4 Prozent beabsichtigen die Erweiterung der Mitarbeiterzahlen. Demgegenüber wollen 37 Prozent der Fuhrunternehmen Reduzierungen vornehmen.

**Anhaltende
Auftragsschwäche
und steigende Kosten
prägen
pessimistische
Stimmung**

Kredit- und Versicherungsgewerbe – Konjunkturelle Schwäche hinterlässt Spuren



Das Stimmungsbarometer im Kredit- und Versicherungsgewerbe war zur Jahresmitte 2002 deutlich in den Minus-Bereich gefallen. Rückläufige Vertragsabschlüsse und Kundenzahlen sowie gesunkene Umsätze bzw. Bilanzvolumen führten dazu, dass zur Jahreswende 2002/2003 immer noch 32 Prozent der befragten Unternehmen ihre Geschäftslage mit „Schlecht“ beurteilen, während 29 Prozent eine gute wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens konstatieren.

Neben dem verhaltenen Investitionsengagement von Wirtschaft und Verbrauchern und dem Rückgang der Bautätigkeit wird die Branche durch die zugespitzte Konjunkturlage, Forderungsausfälle, Insolvenzen aber auch durch die wachsenden finanziellen Belastungen der Verbraucher beeinträchtigt. Hinzu kommen ein verschärfter Wettbewerb mit Direkt- bzw. Online-Anbietern und Produkten, auch international, sowie Umstrukturierungs- und Fusionsprozesse der Branche.

Der Abschluss neuer Verträge bzw. das Neukundengeschäft erfuhren merkbliche Beeinträchtigungen. So wuchs zwar der Anteil der befragten Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes mit steigenden Verträgen bzw. Neukunden von 12 Prozent zur Jahreswende 2001/2002 auf jetzt 21 Prozent. Wesentlich deutlicher wuchs dagegen der Anteil der Firmen mit rückläufigen Vertragsabschlüssen/Neukunden von 9 Prozent (Jahreswende 2001/2002) auf nun 54 Prozent.

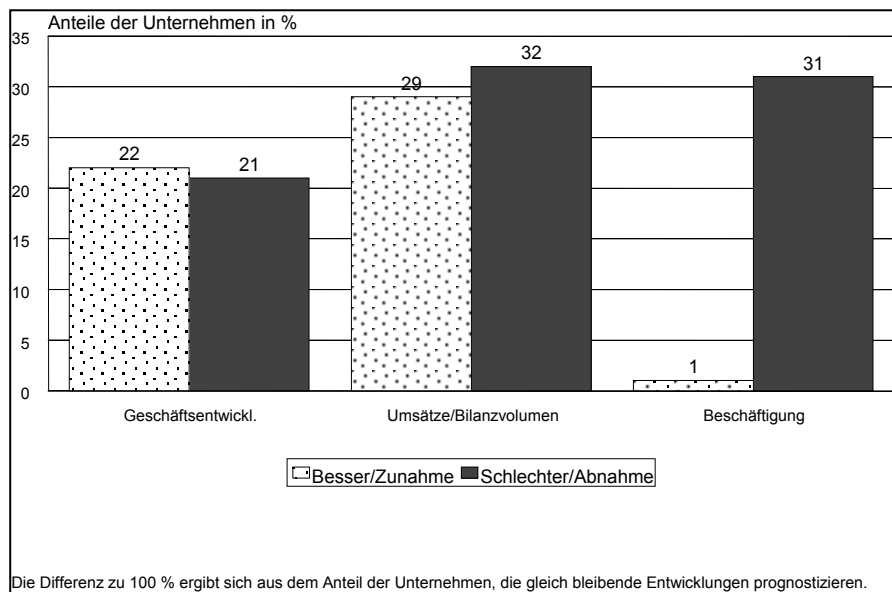
Fast analog, wenn gleich weniger drastisch, verlief die Entwicklung der Umsätze bzw. der Bilanzvolumen.

Insgesamt erschwert die konjunkturelle Stagnation das Agieren des Kredit- und Versicherungsgewerbes. Für kleine und mittlere Unternehmen ist derzeit die Kreditbeschaffung außerordentlich schwierig, da Sicherheiten oftmals fehlen bzw. die Zugangshürden bereits mit Blick auf Basel II

**Anhaltend
angespannte
Wirtschaftslage**

überaus hoch sind.

Seine Auswirkungen hat dieser Prozess auch in der Beschäftigungsentwicklung. Dabei verstärkt sich die Tendenz eher Personal abzubauen als einzustellen.



Prognosen des Kredit- und Versicherungs- gewerbes

Das Kredit- und Versicherungsgewerbe ist der einzige Wirtschaftsbereich, bei dem die Zuversicht leicht überwiegt. Für 2003 rechnen 22 Prozent der Befragten mit besseren Geschäften, während 21 Prozent Verschlechterungen erwarten.

Die Erwartung an eine durchgreifende konjunkturelle Trendwende wird offenbar ebenso wenig gesehen wie die deutliche Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern mit Steuern und Abgaben im Rahmen tief greifender Reformen. Erschweren wird sich der Prozess der Neukundengewinnung bzw. der Abschluss neuer Verträge. Damit dürfte die Entwicklung des Bilanzvolumens bzw. der Umsätze nach den Unternehmensprognosen angespannt bleiben.

Zurückgefahren wird das Investitionsengagement. Gingen vor einem Jahr noch 58 Prozent der Unternehmen von zunehmenden bzw. gleich bleibenden Investitionsausgaben aus, sind es zur Jahreswende 2002/2003 nur noch 48 Prozent. Dabei stehen vor allem Investitionen in Ersatzbeschaffungen und Produkt- und Verfahrensinnovationen im Vordergrund.

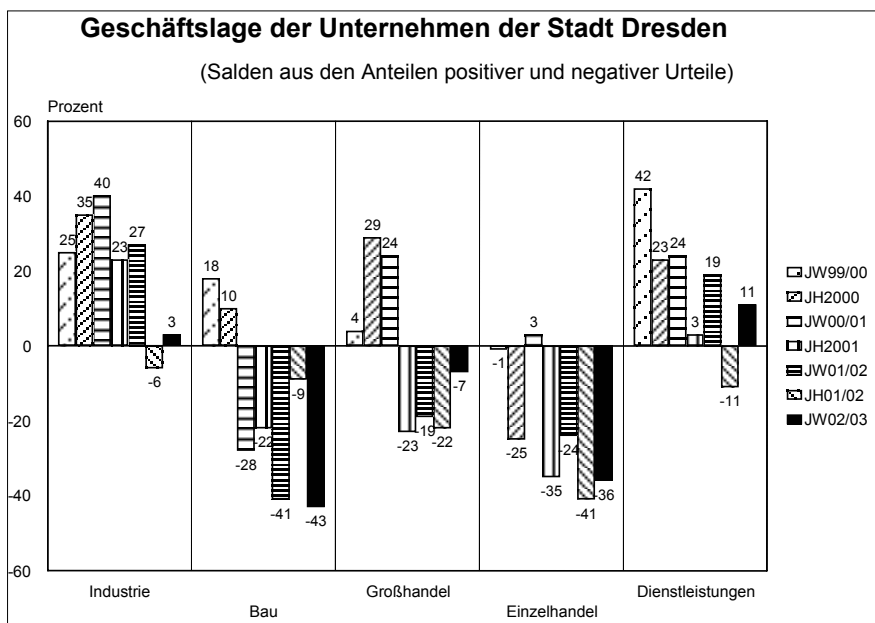
Die Personalbestände werden von gut zwei Dritteln der Unternehmen mit Gleichstand prognostiziert. Immerhin gehen aber noch rund 30 Prozent der Firmen von Personalabbau aus.

Geschäftliche Erwartungen leicht zuversichtlich

Regionale Aspekte der konjunkturellen Entwicklung

Der Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer Dresden umfasst den Regierungsbezirk Dresden. Regional differenzierte Aussagen nach Wirtschaftsbereichen für die Region Oberlausitz/Niederschlesien (Städte Görlitz und Hoyerswerda, Landkreise Bautzen, Kamenz, Löbau-Zittau, Niederschlesischer Oberlausitzkreis), die Stadt Dresden und deren Umlandregion (Landkreise Meißen, Riesa-Großenhain, Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis) können nur in Abhängigkeit von der Repräsentativität der vorliegenden Antwortbögen getroffen werden.

Stadt Dresden



Die ohnehin angespannte Lage der Wirtschaft im Kammerbezirk Dresden wurde durch die Hochwasserkatastrophe im August 2002 verschärft. In besonderem Maße waren dabei auch zahlreiche Firmen der Landeshauptstadt betroffen. Gerade unter diesen erschwerten Bedingungen muss der Stimmungsumschwung der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe Dresdens zur Jahreswende 2002/2003 im Vergleich zur Jahreshälfte 2002 besondere Beachtung verdienen.

Vor allem die Verbesserung der Auftragslage und der Umsatzentwicklung im 2. Halbjahr ließen das Stimmungsbarometer in diesen beiden Wirtschaftsbereichen wieder steigen, sie behaupten damit erneut ihre

Industrie und Dienstleistungen
behaupten ihre Rolle
als Wachstumsträger

Rolle als Wachstumsträger der Wirtschaft der Landeshauptstadt.

Auch im regionalen Vergleich schneiden die Industrie- und das Dienstleistungsgewerbe ebenfalls besser ab als die Unternehmen der Umlandregion und der Region Oberlausitz/Niederschlesien.

Demgegenüber bleibt die Stimmung im Baugewerbe, aber auch im Einzel- und Großhandel weiter düster. Hier hat die Flutkatastrophe des vergangenen Sommers die wirtschaftliche Situation vor allem der hochwassergeschädigten Firmen weiter zugespitzt. Zwar konnten im Baubereich sowie bei verschiedenen Sparten des Einzelhandels und des Großhandels eine Reihe von Betrieben zusätzliche Aufträge und damit Umsätze verbuchen, die Gesamtbewertung der Branchen bleibt negativ.

	Stadt Dresden			Kammerbezirk Dresden		
Geschäftslage	Gut	Befriedigend	Schlechter	Gut	Befriedigend	Schlechter
JW 2000/2001	54%	32%	14%	46%	40%	14%
JH 2001	40%	43%	17%	32%	44%	24%
JW 2001/2002	42%	43%	15%	32%	45%	23%
JH 2002	21%	52%	27%	20%	52%	18%
JW 2002/2003	23%	57%	20%	22%	56%	22%
Prognosen	Besser	Gleichbleibend	Schlechter	Besser	Gleichbleibend	Schlechter
JW 2000/2001	21%	68%	11%	19%	68%	13%
JH 2001	25%	60%	15%	18%	67%	15%
JW 2001/2002	21%	56%	23%	19%	61%	20%
JH 2002	30%	55%	15%	20%	67%	13%
JW 2002/2003	15%	61%	24%	13%	67%	20%

JW = Jahreswende; JH = Jahreshälfte

Die Industriebetriebe der Stadt Dresden bewerten ihre Geschäftslage zur Jahreswende 2002/2003 besser als die der Umlandregion und der Oberlausitz/Niederschlesien. Aus den vorläufigen Daten der amtlichen Statistik für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten für den Zeitraum Januar bis November 2002 lässt sich erneut eine positive Bilanz für das Verarbeitende Gewerbe Dresdens ableiten. So stieg der Gesamtumsatz im Vergleich zu Januar bis November 2001 um über 800 Millionen Euro oder um 22,2 Prozent (Kammerbezirk Dresden: 6,5 %), wozu der Absatz am Binnenmarkt mit +22,7 Prozent ebenso beitrug wie der im Ausland (+20,5 %). Der Umsatz je Mitarbeiter erhöhte sich um 14,5 Prozent (Kammerbezirk Dresden: 5,2 %).

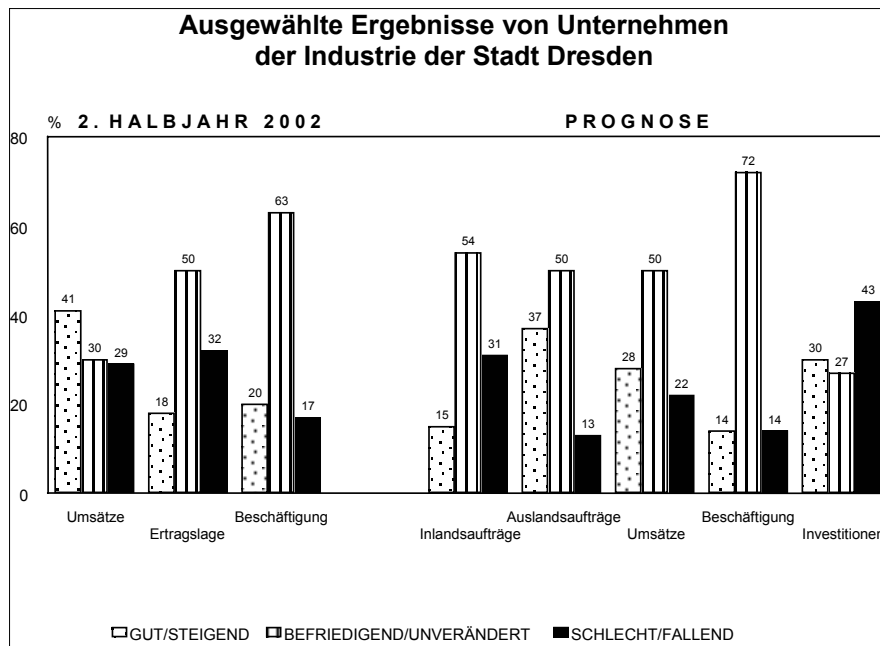
Die Verbesserung der Auftragslage und die damit verbundene verstärkte Auslastung der Produktionskapazitäten fanden ihren Niederschlag in zunehmender Beschäftigung. Im Rahmen der Konjunkturumfrage haben lediglich 17 Prozent der Industriebetriebe Personalabnahme vermeldet, bei 20 Prozent der Befragten wurde dagegen Personalzunahme verbucht.

Geschäftslage und Prognosen der Industrieunternehmen der Stadt Dresden

Besserung der Geschäftslage der Industrie – Vorjahresergebnisse bleiben aber unerreicht

Beschäftigungszuwachs in Dresdens Industrie

Laut amtlicher Statistik wurden im Zeitraum Januar bis November 2002 fast 1.500 Beschäftigte (oder 6,7 %) mehr gezählt als in den gleichen Vorjahresmonaten 2001.

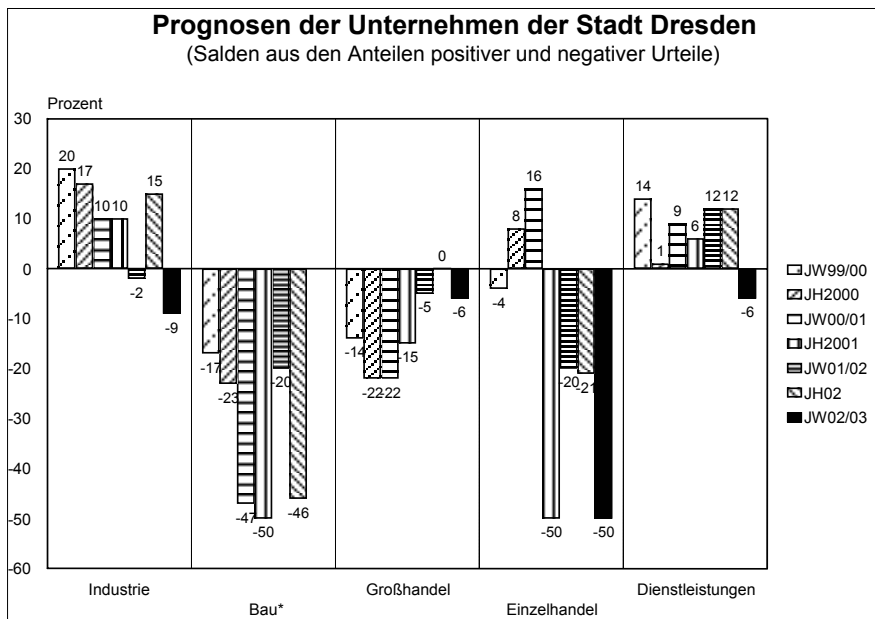


Die Prognosen der Industriebetriebe Dresdens sind allerdings von wenig Optimismus geprägt - nur 15 Prozent erwarten Verbesserungen (Jahreswende 2001/2002: 21 %). Mit Verschlechterungen rechnen dagegen jetzt 24 Prozent (Jahreswende 2001/2002: 23 %). Insbesondere dürfte sich die schwache Binnenkonjunktur auf die inländische Nachfrage auswirken. So prognostizieren nur 15 Prozent steigende Inlandsaufträge, 31 Prozent rechnen mit Einbußen.

Exportorientierte Firmen sind hier optimistischer. Immerhin erwarten 37 Prozent der Befragten steigende und weitere 50 Prozent gleich bleibende Auslandsaufträge. Von Auftragsabnahmen am Außenmarkt gehen lediglich 13 Prozent der Befragten aus.

Wachstumsimpulse dürften 2003 am ehesten von den Branchen Herstellung von Metallerzeugnissen, Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik ausgehen, während u.a. das Verlags- und Druckgewerbe die künftige Geschäftsentwicklung zurückhaltender bewertet.

**Prognosen der
Industrie wenig
optimistisch**



*JW02/03 – keine Angabe möglich, Antwortenzahl zu gering

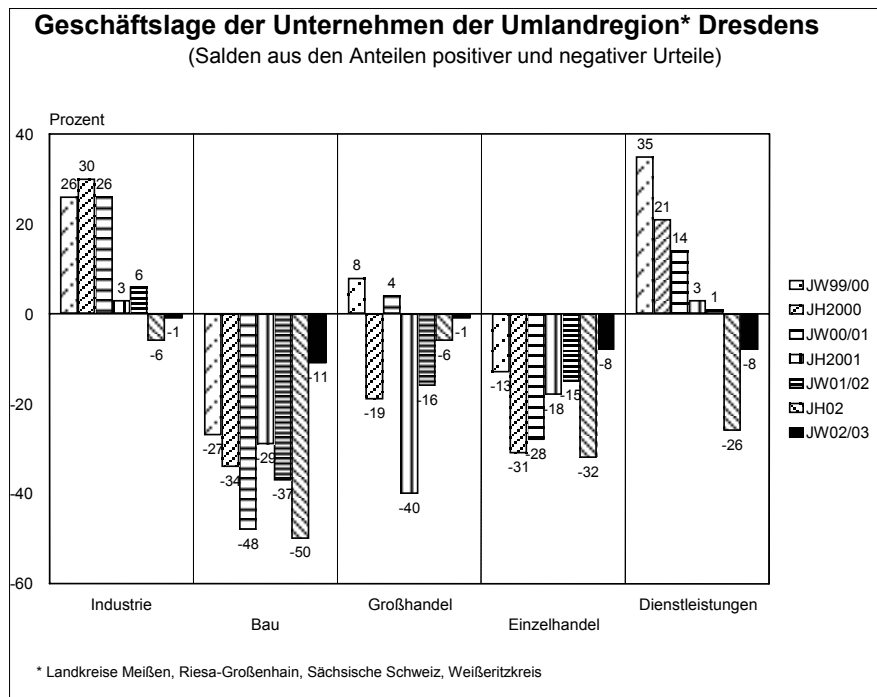
Die Prognosen der befragten Unternehmen der Stadt Dresden trüben sich nicht allein in der Industrie deutlich ein. Nicht nur die Tatsache, dass wirtschaftspolitische Reformen zur umfassenden Unternehmensentlastung bislang auf Bundesebene ausgeblieben sind, sondern insbesondere die neuen Belastungen aus zu Jahresbeginn 2003 weiter gestiegenen Steuern und Abgaben - auch im kommunalen Bereich - lassen die Zahl der Pessimisten wachsen. Außer der Industrie kann sich auch erstmalig das Dienstleistungsgewerbe - beide Wachstumsträger der Dresdner Wirtschaft - dieser kritischen Entwicklung nicht entziehen.

Problematisch wird auch die weitere Geschäftsentwicklung vom Handel beurteilt, vor allem der Einzelhandel sieht derzeit „kein Licht am Ende des Tunnels“. Kaufzurückhaltung und damit einhergehende Umsatzausfälle schwächen weiterhin besonders den kleinteiligen, inhabergeführten Einzelhandel.

Auch die Lage der Dresdner Bauwirtschaft wird sich künftig kaum spürbar verbessern, auch wenn im Zuge der Beseitigung der Hochwasserschäden an Gebäuden oder Verkehrsinfrastruktur mit Aufträgen gerechnet wird.

Weitere finanzielle Lasten verdüstern Prognosen

Umlandregion Dresdens



Das Geschäftsklima der Unternehmen der Umlandregion Dresdens hatte zur Jahreshälfte 2002 in fast allen Bereichen – mit Ausnahme des Großhandels – seinen absoluten Tiefpunkt erreicht. Auch in der Umlandregion waren oder sind noch weite Teile der Wirtschaft schwer von der Flutkatastrophe im Sommer 2002 betroffen. Dennoch verlief die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Halbjahr insgesamt nicht ungünstiger als im 1. Halbjahr 2002. Die Stimmung bleibt aber frostig, die Salden aus positiven und negativen Stimmenanteilen liegen in allen Wirtschaftsbereichen im Minusbereich.

**Industrie über-
wiegend mit guter
und befriedigender
Geschäftsent-
wicklung**

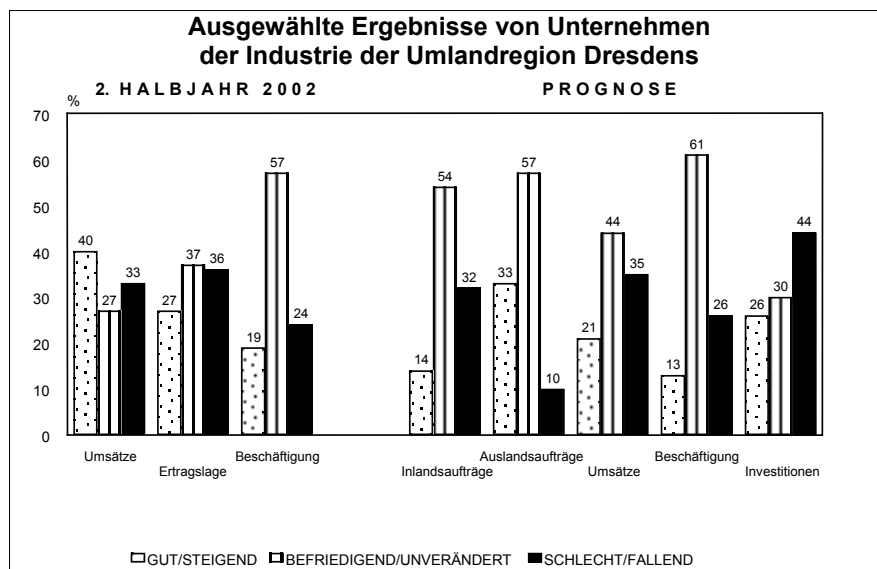
Umlandregion Dresdens (Lage)	Gut	Befriedigend	Schlecht
JW 2000/2001	40 %	46 %	14 %
JH 2001	30 %	43 %	27 %
JW 2001/2002	28 %	50 %	22 %
JH 2002	20%	54%	26%
JW 2002/2003	19%	61%	20%
darunter LK Meißen	28%	56%	16%
LK Riesa-Großenhain	17%	66%	17%
LK Sächsische Schweiz	13%	61%	26%
LK Weißeritzkreis	18%	59%	23%
Kammerbezirk Dresden	22%	56%	22%

**Geschäftslage der
Industrie der
Umlandregion
Dresdens**

JW = Jahreswende; JH = Jahreshälfte

Die Geschäftsentwicklung der Industrie der Umlandkreise Meißen, Riesa-Großenhain, Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis wird von 80 Prozent der befragten Betriebe mit gut und befriedigend bewertet und stellt sich damit vergleichsweise mit den anderen Wirtschaftsbereichen am günstigsten dar. Die Industrie war damit Wachstumsträger der Wirtschaft der Umlandregion. Dies bestätigten auch die vorläufigen Daten der amtlichen Statistik für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes für den Zeitraum Januar bis November 2002. Hier wuchs der Gesamtumsatz im Vergleich zu Januar bis November 2001 um 1,3 Prozent, wobei der Absatz im Ausland (+8,4 %) deutlich besser als der im Inland lief. Der Inlandsumsatz fiel sogar um 1,7 %. Die Exportquote ist im Kammerbezirk Dresden in der Umlandregion mit rund 32 Prozent am höchsten (Dresden-Stadt: 22 %, Oberlausitz/Niederschlesien: 19 %).

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Landkreisen der Region. Die Umsätze stiegen in den Landkreisen Riesa-Großenhain (+4 %) und Sächsische Schweiz (+2 %), im Landkreis Meißen (-0,9 %) und im Weißeritzkreis (-2,1 %) waren sie rückläufig. Auch die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe weist mit -2,1 Prozent eine abnehmende Tendenz aus.



Ganze Branchen als Wachstumsträger lassen sich nur schwer ausmachen, da meist neben einem hohen Anteil von Firmen mit befriedigender Geschäftslage vergleichsweise wenige Betriebe ein Positiv- oder umgekehrt ein Negativurteil zur Geschäftslage fällen.

Am ehesten weisen derzeit Betriebe des Maschinenbaus sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie günstige Entwicklungstendenzen auf. Kritisch gestaltet sich dagegen die wirtschaftliche Lage in einer Reihe von

Unternehmen der Glas/Keramik, Steine/Erden-Industrie, des Papiergewerbes oder der Chemischen Industrie.

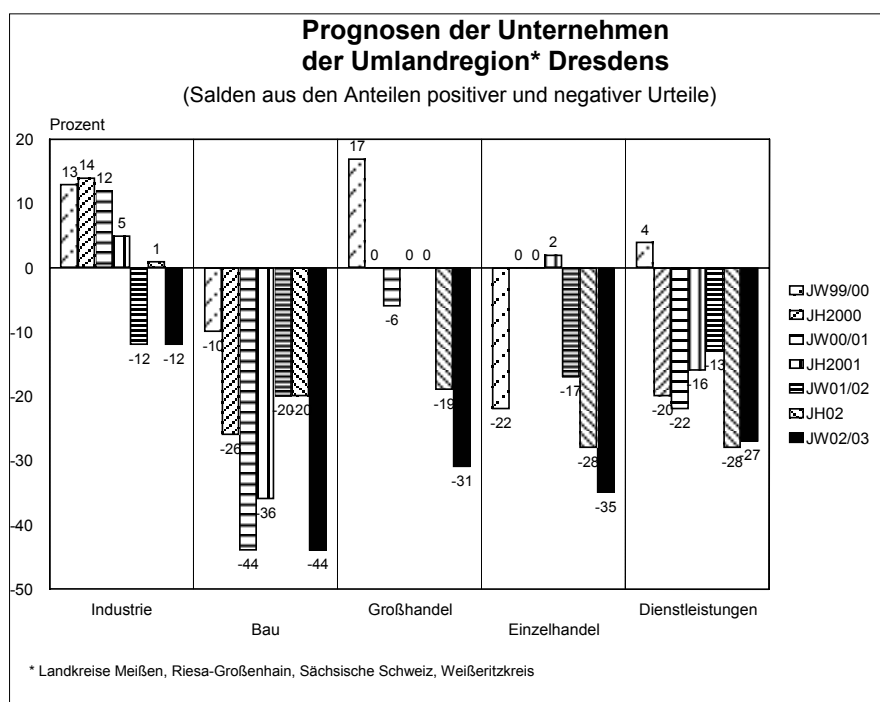
Umlandregion Dresdens (Prognose)	Günstiger/ Besser	Gleich bleibend	Ungünstig / Schlechter
JW 2000/2001	24 %	64 %	12 %
JH 2001	15 %	75 %	10 %
JW 2001/2002	10 %	68 %	22 %
JH 2002	15%	71%	14%
JW 2002/2003	9%	70%	21%
darunter LK Meißen	17%	79%	4%
LK Riesa-Großenhain	10%	58%	32%
LK Sächsische Schweiz	-	77%	23%
LK Weißeritzkreis	9%	64%	27%
Kammerbezirk Dresden	13%	67%	20%

Prognosen der Industrie der Umlandregion Dresdens

JW = Jahreswende; JH = Jahreshälfte

Nach den jetzigen Prognosen wird es auch im Jahr 2003 keine durchgreifende konjunkturelle Belebung in der Region geben. Bei den Prognosen der Industrieunternehmen der Umlandregion haben die Pessimisten im Vergleich zur Jahresmitte 2002 wieder zugenommen. Fast in gleichem Maße hat sich der Anteil der Optimisten verkleinert. So wird die künftige Auftragslage im Inland weiter von Rückgängen als von Zunahmen bestimmt, im Ausland wird dagegen mit beachtlichen Aufträgen gerechnet. 9 von 10 Industrieunternehmen der Umlandregion erwarten steigende oder gleich bleibende Auslandsbestellungen. Allerdings sind die Umsatzprognosen eher pessimistisch, was angesichts der prekären Ertragsentwicklung seinen Niederschlag in den verhaltenen Personalplanungen und gebremsten Investitionen finden dürfte.

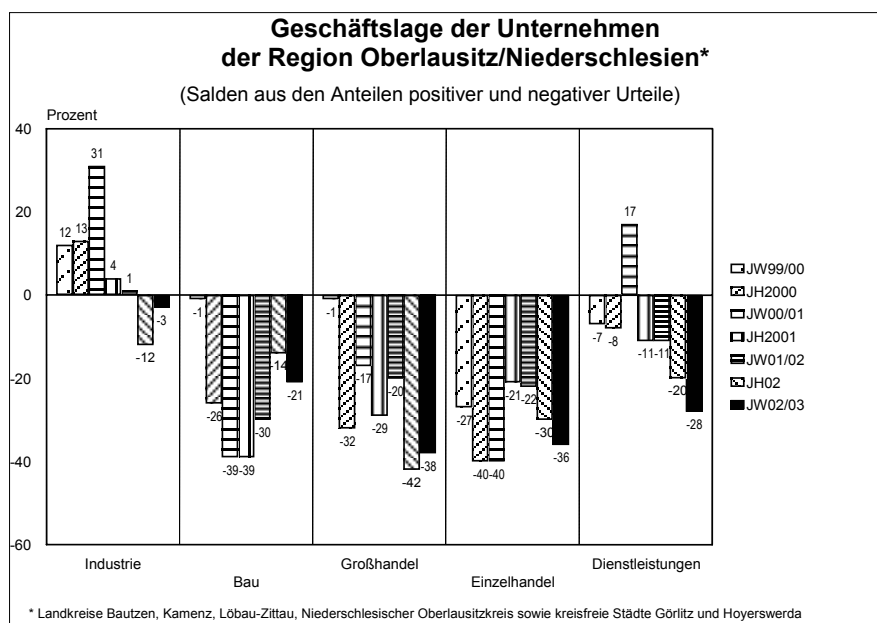
Keine durchgreifende konjunkturelle Belebung für 2003 erwartet



Die ausbleibenden wirtschaftspolitischen Reformen mit spürbaren finanziellen Entlastungen für die Betriebe prägen auch die Prognosen der anderen Wirtschaftsbereiche. Neue finanzielle Bürden in Form gestiegener Steuern und Abgaben bremsen auch die Wirtschaft der Umlandregion. Hinzukommt, dass für konsumabhängige Wirtschaftsbereiche wie Einzelhandel und personenbezogene Dienstleistungen ebenso eine umfassende Entlastung der Verbraucher unabdingbar ist. Außerdem verhindern die schwerwiegenden Probleme des Arbeitsmarktes die deutliche Anhebung des Kaufkraftniveaus.

Die Prognosen der Bauwirtschaft, des Handels und der Dienstleistungen sind deutlich negativ bestimmt. Offenbar sind die befragten Firmen des Baugewerbes oder des Handels auch skeptisch, in den Genuss von Aufträgen bzw. Kunden im Rahmen der Beseitigung der enormen Flutschäden in der Umlandregion zu kommen.

Region Oberlausitz/Niederschlesien



Obwohl auch bei der Industrie der Oberlausitz/Niederschlesien die Stimmungskurve noch im Minusbereich liegt, bleibt dieser Wirtschaftsbereich der Hoffnungsträger der konjunkturellen Entwicklung der Region.

Demgegenüber ist die wirtschaftliche Situation im Baugewerbe, im Handel und im Dienstleistungsbereich nach wie vor auf Grund einer

**Industrie der Region
Oberlausitz/
Niederschlesien ist
Hoffnungsträger**

unbefriedigenden Auftragslage und Konsumzurückhaltung überaus angespannt. Im Handel und Dienstleistungsbereich behindert nicht nur die in weiten Teilen der Region Oberlausitz/Niederschlesien hohe Arbeitslosigkeit die Geschäftsentwicklung, auch der direkte Kaufkraftabfluss in die Nachbarländer beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit. Derzeit werden die massiven Umsatzausfälle noch nicht durch Kunden aus Polen und Tschechien kompensiert.

Die weitere Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums im Kammerbezirk Dresden findet in der Region Oberlausitz/Niederschlesien nicht nur ihren besonderen Niederschlag, vielmehr wirkt sich zusätzlich der reformpolitische Stillstand dramatischer als in den anderen Regionen aus.

Region Oberlausitz/ Niederschlesien (Lage)	Gut	Befriedigend	Schlecht
JW 2000/2001	44 %	43 %	13 %
JH 2001	28 %	48 %	24 %
JW 2001/2002	29 %	43 %	28 %
JH 2002	18%	51%	31%
JW 2002/2003	23%	52%	25%
darunter LK Bautzen	24%	52%	24%
LK Kamenz	29%	52%	19%
LK Löbau-Zittau	16%	52%	32%
Kammerbezirk Dresden	22%	56%	22%

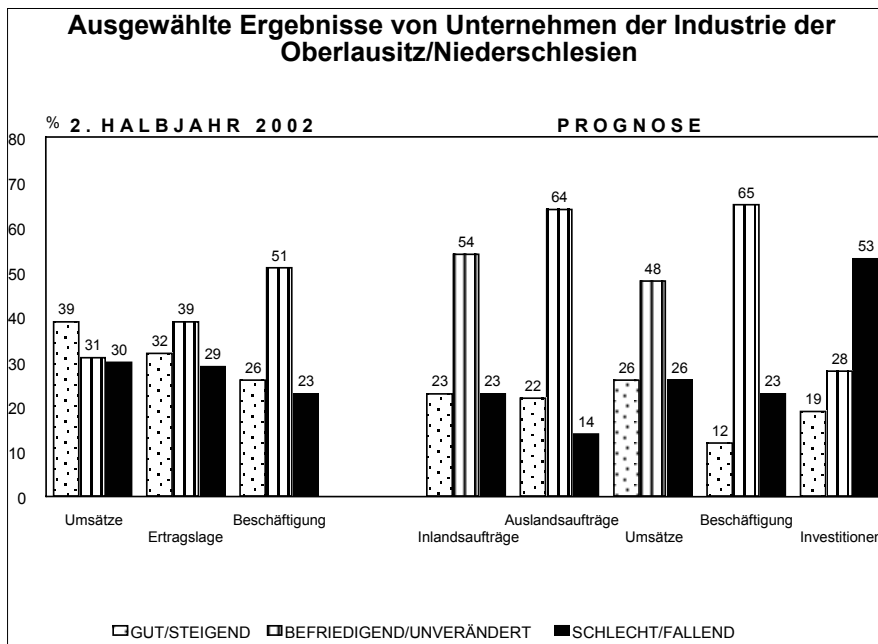
JW = Jahreswende; JH = Jahreshälfte

Der Wachstumsmotor Industrie hat zur Jahreswende 2002/2003 wieder etwas an Fahrt gewonnen, nachdem zur Jahreshälfte 2002 das Tempo spürbar gedrosselt worden war.

So beurteilen derzeit 8 von 10 Firmen der Gummi- und Kunststoffindustrie, der Textilindustrie sowie der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik die Geschäftslage mit gut oder befriedigend. Kritischer sieht dagegen eine Reihe von Unternehmen der Herstellung von Metallerzeugnissen, des Verlags- und Druckgewerbes sowie der Glas/Keramik, Steine/Erden-Industrie die wirtschaftliche Entwicklung.

**Geschäftslage der
Industrie der Region
Oberlausitz/
Niederschlesien**

**Geschäftslage
wieder verbessert,
Vorjahresergebnisse
dennoch unerreicht**



Obwohl fast 40 Prozent der befragten Industriebetriebe über Umsatzsteigerungen zur Jahreswende 2002/2003 berichten, müssen auch 30 Prozent Umsatzeinbußen verbuchen.

Allerdings ist die Entwicklung des Gesamtumsatzes der Region Oberlausitz/Niederschlesien nach den vorläufigen Daten der amtlichen Statistik für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe rückläufig. Im Zeitraum Januar bis November 2002 fiel in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten der Gesamtumsatz um 2,4 Prozent. Dies war in hohem Maße dem Rückgang des Inlandsumsatzes (-4,4 %) geschuldet. Der Auslandsumsatz erhöhte sich dagegen um 7,3 Prozent. Dieses Wachstum auf den internationalen Märkten kann die inländische Absatzschwäche bei weitem nicht kompensieren. Die Exportquote beläuft sich für die Oberlausitz/Niederschlesien lediglich auf rund 19 Prozent (Stadt Dresden: 22 %, Umlandregion: 32 %). Die starke Bindung an den Binnenmarkt beeinträchtigt somit die Gesamtumsatzentwicklung.

Zwischen den Kreisen existieren dabei beachtliche Unterschiede. So verbuchten die im Landkreis Löbau-Zittau und in der Stadt Görlitz ansässigen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes Umsatzgewinne, während in den Landkreisen Bautzen, Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Kamenz und in Hoyerswerda Umsatzrückgänge konstatiert werden müssen.

Beachtliche Unterschiede der Umsatzentwicklung zwischen den Kreisen

Region Oberlausitz/ Niederschlesien (Prognose)	Besser	Gleich	Schlechter
JW 2000/2001	13 %	75 %	15 %
JH 2001	16 %	65 %	19 %
JW 2001/2002	27 %	55 %	18 %
JH 2002	19%	68%	13%
JW 2002/2003	16%	68%	16%
darunter LK Bautzen	21%	75%	4%
LK Kamenz	9%	69%	22%
LK Löbau-Zittau	20%	63%	17%
Kammerbezirk Dresden	13%	67%	20%

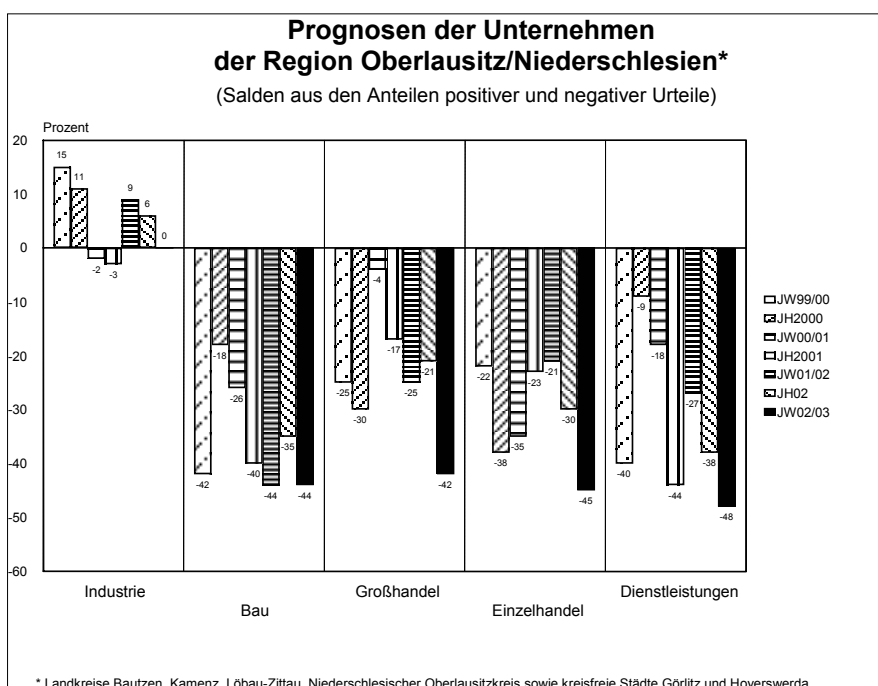
JW = Jahreswende; JH = Jahreshälfte

Bei den Prognosen für die künftige Entwicklung der Geschäftslage der befragten Industriebetriebe der Region halten sich Pessimisten und Optimisten mit jeweils 16 Prozent Anteil die Waage. Gegenüber der vorjährigen Umfrage zur Jahreswende 2001/2002 haben die Optimisten damit deutlich an Boden verloren. Hinsichtlich der zu erwartenden Aufträge dürften sich vor allem die Probleme am Binnenmarkt verstärken, während bei den ausländischen Bestellungen eher mit Zunahmen gerechnet wird. Hier dürfte insbesondere in Vorbereitung der EU-Erweiterung die Vertiefung der Kontakte und Kooperationen mit den Nachbarländern Polen und Tschechien von Bedeutung sein.

Problematisch wird die Personalentwicklung bleiben. Zwar gehen künftig zwei Drittel der befragten Industriefirmen von der Beibehaltung der Mitarbeiterzahlen aus, dennoch ist mit 23 Prozent der Anteil der Betriebe mit prognostizierter Personalabnahme noch fast doppelt so hoch wie der mit Beschäftigungszunahme (12 %).

Prognosen der Industrie der Region Oberlausitz/ Niederschlesien

Stärkere Exporte unabdingbar



Mit Ausnahme der Industrie bleiben die Prognosen der anderen Wirtschaftsbereiche überaus frostig, die Stimmungskurven erreichen in fast allen Bereichen neue Tiefststände.

Die Region Oberlausitz/Niederschlesien bleibt damit – trotz aller bisherigen Fortschritte und positiven Tendenzen in der Industrie – das „wirtschaftliche Sorgenkind“ im Kammerbezirk Dresden.

Die ausgebliebenen entlastenden Reformen für Wirtschaft und Verbraucher treffen damit die Region doppelt hart.

Der wirtschaftliche Aufholprozess wird damit gebremst und die Vorbereitungen auf die bevorstehende EU-Erweiterung erschwert. Unter diesen Bedingungen verstärkt sich der notwendige Handlungsdruck für die Unternehmen und alle regionalen Akteure, damit die Chancen der Erweiterung voll zum Tragen kommen können. Von daher wird eine nachhaltige Belebung der regionalen Wirtschaft erst mit spürbaren Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einhergehen.

**Anstehende EU-
Erweiterung erhöht
Handlungsdruck für
Wirtschaft**

Schlussfolgerungen

1. Die Bundesregierung muss die dringenden Reformen im Steuerrecht, im Arbeitsrecht sowie der Sozialsysteme schleunigst umsetzen. Konzepte und Vorschläge existieren zur Genüge. Leider sind in der Diskussions- und Umsetzungsphase viele gute Vorschläge „verwässert“ worden. Ein dereguliertes Arbeitsrecht versetzt gerade den Mittelstand in die Lage, flexibel auf die Anforderungen des Marktes zu reagieren und neue Mitarbeiter einzustellen. Neben den Deregulierungen des Arbeitsrechts steht eine umfassende Steuerreform zur Senkung der Steuerbelastung von Wirtschaft und Verbrauchern im Mittelpunkt. Dies stabilisiert die Wirtschaft, kurbelt Investitionen wie auch Innovationen an, erhöht die Kaufkraft und schafft Arbeitsplätze.
2. An der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mittels einer stringenten Sparpolitik im konsumtiven Bereich führt dabei aufgrund der hohen Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen kein Weg vorbei. Das Ziel dieser Sparpolitik muss die Verstärkung der Investitionstätigkeit und die Fortführung einer hohen staatlichen Investitionsquote sein. Zur Überwindung der noch bestehenden Infrastrukturnachteile ist ein kräftiger Investitionsschub der öffentlichen Hand unabdingbar. Darauf ist bei dem in Kürze zu diskutierenden Bundesverkehrswegeplan durch die sächsischen Kammern besonders zu achten. Auch bei der Überwindung und Beseitigung der Hochwasserschäden im Bereich der technischen und Verkehrsinfrastruktur bietet sich die Chance zur Aufwertung des Wirtschaftsstandortes.
3. Die Vorbereitung auf die EU-Erweiterung muss zunehmend stärker die unternehmerischen Konzepte und Strategien bestimmen. Die Aufgaben, die in diesem Prozess den Kammern zukommen, sind seit Jahren klar umrissen, die Angebote vielfältig und präsent. Die IHK Dresden mit ihren Kontaktzentren für Sächsisch-Polnische bzw. Tschechische Wirtschaftskooperation unterstützen deshalb seit langem aktiv die Wirtschaft der Region insbesondere zu Fragen des bilateralen Wirtschaftsverkehrs mit Tschechien und Polen.

4. Bereits bewährte Förderinstrumente wie die GA-Förderung beleben die betriebliche Investitionstätigkeit. Investitionsvorhaben können jedoch erst begonnen werden, wenn der entsprechende Bewilligungsbescheid vorliegt. Lange Bearbeitungszeiten wirken sich negativ auf die Marktchancen der Firmen aus. Entscheidungen sollten schnell getroffen werden.
5. Der Kammerbezirk Dresden hat seit Beginn der neunziger Jahre rund 10 Prozent seiner Bevölkerung verloren, darunter in hohem Maße junge teilweise hochqualifizierte Menschen durch Abwanderung. Die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist vor allem Aufgabe der ansässigen Wirtschaft. Dies erfordert jedoch eine berechenbare, transparente Wirtschaftspolitik mit klaren verlässlichen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus gilt es, den Wirtschaftsstandort auch attraktiv für junge Menschen zu entwickeln. Hier sind insbesondere die Kommunen und Regionen gefordert.
6. Wirtschaftsförderung in den Kommunen bedeutet ebenfalls Reduzierung der Bürokratie, die Berücksichtigung ansässiger Firmen bei der Auftragsvergabe, gerade auch im Zusammenhang mit der Beseitigung der Hochwasserschäden, sowie die Vermeidung des weiteren Anziehens der Gebühren und Steuerschraube.
Eine stärkere Beteiligung der sächsischen Kommunen an der neuen Etappe der „Umweltallianz Sachsen“ wäre hier ebenfalls ein positives Signal. Aber auch die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, der Handelsflächen oder das Investitionsklima stehen auf der Agenda der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wirtschaft.
In diesem Zusammenhang muss auch die Forderung nach echten Privatisierungen kommunaler Betriebe und Leistungen zum Beispiel auf den Gebieten Abfall, Energie, Dienstleistungen und im Sozialbereich bekräftigt werden.
7. Während die Unternehmensinsolvenzen 2002 eine neue Höchstmarke erreichen, weisen die Gewerbeanmeldungen einen Tiefststand aus. Die Rahmenbedingungen für Existenzgründer sind deshalb so zu verbessern, dass mit weniger Bürokratie, vereinfachtem Steuerrecht und weniger Abgaben junge Unternehmen erfolgreich sein können. Die dazu bisher vorgelegten Vorschläge weisen vielfach in die richtige Richtung, müssen aber schnellstens geltendes Recht werden.

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer Dresden
Langer Weg 4
01239 Dresden
www.dresden.ihk.de

Bearbeitung:
Geschäftsbereich Volkswirtschaft
Referat Wirtschaftsstatistik / Konjunkturentwicklung
Prescher.Juergen@dresden.ihk.de
Schubert.Ute@dresden.ihk.de

Bearbeitungsstand: Februar 2003

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers.